

## **1. Altersdiskriminierung**

Ich kämpfe gegen jede Art von Diskriminierung an. Alt wie Jung müssen die Menschen dieselben Rechte besitzen. Ich werde mich auch in Zukunft für die Rechte aller Menschen einsetzen. Unter Anderem setze ich mich für die Abschaffung des § 33 Absatz 2 GVG ein, der starre Altersgrenzen zieht und nicht auf die individuelle Eignung möglicher Schöffen eingeht.

## **2. Pflege**

## **3. Mobilität**

Ich und meine Partei setzen sich klar für einen kostenlosen ÖPNV in Rheinland-Pfalz ein, nicht umsonst Plakieren wir „Nahverkehr zum Nulltarif – sozial gerecht und gut fürs Klima“. Aber nicht nur der Preis spielt beim ÖPNV gerade in Koblenz eine entscheidende Rolle, die Taktung ist eine wichtige Stellschraube bei der Akzeptanz des Nahverkehrs in der Stadt. Koblenz braucht eine 15-Minuten Taktung bei den hochfrequentierten Linien, dafür muss das Land der Kommune aber finanziell unter die Arme greifen. Dass der ÖPNV mit dem neuen Nahverkehrsgesetz nun kommunale Pflichtaufgabe ist, ist Zweifelsohne ein großer Schritt, auf diesem darf sich aber nicht ausgeruht und alle Verantwortung an die Kommunen abgeschoben werden. Das Land Rheinland-Pfalz muss den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zum Ausbau des Nahverkehrs zur Verfügung stellen.

Ich bin zudem der Auffassung, dass wir auch auf den ersten Blick „verrückte“ oder „nicht umsetzbare“ Vorschläge für den ÖPNV offen diskutieren müssen. Eine Citybahn mit einem großen P+R-Angebot am Stadtrand oder die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken in Koblenz. Hier müssen wir den Mut zu Innovationen haben und unseren Blick 10, 15 Jahre in die Zukunft setzen.

## **4. Miteinander der Generationen**

Ich begrüßen ausdrücklich den Vorstoß des Seniorenbeirates Koblenz mit ihrem Sitzgruppenprojekt. Darin sehe ich eine Möglichkeit günstig, zwanglos, aber dennoch effektiv Menschen verschiedener Generationen zusammen zu bringen. Es ist besonders wichtig auch den regionalen Konsum zu befördern, ein florierender Markt, wie der in Ehrenbreitstein kann hier ein guter Ansatzpunkt sein. Es muss endlich auch einen erfolgreichen Markt in der Innenstadt geben, doch dazu darf der Standort nicht ständig gewechselt werden. Mit festem Standort und stark reduzierten Standgebühren kann erfolgreicher Wochenmarkt auf z. B. dem Münzplatz etabliert werden. Weiter noch sollen geräumige Sitzflächen geschaffen und eine Kleinkunstabühne auf einemsolchen Innenstadtmart, denn ein Markt ist mehr als nur die Möglichkeit zur Nahversorgung, sondern auch ein Ort der sozialen Interaktion, der Begegnung, der Kunst und Kultur.

## **5. Bürgerbeteiligung**

Ich setze mich für eine bessere Beteiligung aller Menschen an der politischen Willensbildung ein. Wir unterstützen natürlich die Einberufung eines Inklusionsbeirates. Er ist notwendig um die Interessen von Menschen zu vertreten, die sonst keine Beachtung bekommen und deren Bedürfnisse zu wenig Aufmerksamkeit haben. Zukunftskonferenzen können ein weiterer Baustein bei der Beteiligung der Bevölkerung sein. Ob Zukunftskonferenzen für einzelne Stadtteile oder für ganz Koblenz sinnvoll sind müsste geprüft werden.

## 6. Wohnen im Alter

Immer mehr Menschen können sich in den rheinland-pfälzischen Ballungsgebieten die steigenden Mieten nicht mehr leisten. Gleichzeitig sind Wohnungen auf dem Land oft nicht vermietbar und Häuser unverkäuflich. Beiden Herausforderungen begegnet die rot-grün-gelbe Landesregierung mit unwirksamen Konzepten.

Die gesetzliche Mietpreisbremse bleibt wirkungslos, weil es zu viele Ausnahmen gibt (Neubau ab 2014, umfassende Modernisierung, hohe Vormiete). Gerade der letzte Punkt ist absurd: War die Vormiete schon höher als es die Neumiete nach Mietpreisbremse sein dürfte, bleibt die Neuvermietung zur überhöhten Vormiete trotzdem legal — was soll die Mietpreisbremse da bremsen? Hinzu kommt: Verstöße gegen die Mietpreisbremse sind nicht strafbar, nicht einmal ein Ordnungsgeld ist vorgesehen: Wer würde sich an Parkverbote halten, wenn es keine Bußgelder gäbe?

2) Privat finanzierter Neubau schafft keinen günstigen Wohnraum Liegt oft an Grundstücken

Durchschnittsverdiener haben in Innenstädten, am Rhein- oder Moselufer und sonstigen gesuchten Lagen keine Chance. Gerade weil die Niedrigzinsen viel Geld in Immobilien treiben, steigen die Preise und damit die Mieten. Finanzielle Hilfen aus öffentlichen Kassen für privat finanzierten Neubau verschärfen diese Entwicklung, anstatt ihr zu begegnen.

3) Der soziale Wohnungsbau in Rheinland- Pfalz ist völlig unzureichend

Gerade einmal etwas mehr als 52.000 Sozialwohnungen gibt es im Land, allein 2018 fielen mehr als 4.800 Wohnungen aus der Sozialbindung, nur 412 neue Sozialwohnungen sind im gleichen

Zeitraum gebaut worden. Nicht einmal zehn Prozent des Verlustes konnten damit ausgeglichen werden, von einem Zuwachs an günstigem Wohnraum konnte schon gar keine Rede sein. Auch der DGB geht davon aus, dass mindestens 50.000 neue Sozialwohnungen nötig wären um dem Problem zu begegnen. Die Landesregierung hat ein Ziel von 20.000 verkündet und wird es voraussichtlich weit verfehlen. Die Übertragung der Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau vom Bund auf die Länder (Föderalismusreform 2009) hat in RLP zum faktischen Ende des sozialen Wohnungsbaus geführt, die SPD- geführten Landesregierungen haben das dafür vom Bund bereitgestellte Geld für andere Zwecke ausgegeben.

Das Wohngeld hilft den Einzelnen, die Miete zu bezahlen, treibt aber die Preisentwicklung und nutzt am Ende vor allem den Vermietern.

Deswegen müssen wir genossenschaftlich und öffentlich finanzierten Wohnungsbau über kommunale Wohnungsbaugesellschaften fördern. Würde das Land einen Teil des Haushaltsüberschusses von 2019, beispielsweise eine Milliarde Euro, als Grundstock für die Gründung solcher Genossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften einbringen, wäre bei der aktuellen Zinssituation ein breit angelegter Neubau bezahlbarer Wohnungen möglich. Sinnvollerweise gehören solche

Wohnungsbaugesellschaften auf die Stadt-, Verbandsgemeinde- und Kreisebene, denn kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften sind dem Gemeinwohl verpflichtet, private

Wohnungsunternehmen den Renditeerwartungen der Eigentümer.

## **7. Administrative Unterstützung**

Ich betrachte die Entwicklung mit einer gewissen Sorge. Natürlich stellt es für viele eine Vereinfachung dar, dennoch gibt es eine immer größere Personengruppe die durch vermehrte elektronische Verfahren Probleme bekommen. Die Möglichkeit einer zentralen Beratungsstelle ist Art dem entgegen zu wirken. Zunächst müsste geprüft werden wie groß der Bedarf nach Hilfe an dieser Stelle ist, damit entsprechende Konzepte erarbeitet werden können.

## **8. Bildung, Kultur, Teilhabe**

Das rasante Wachstum der Armut, und auch gerade der Altersarmut, betrachte ich mit großer Sorge. Es ist unser Ziel allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Ich setze mich für einen Sozialpass für alle bedürftigen Menschen, unabhängig von Alter, ein. Natürlich muss an den Orten, an denen die Barrierefreiheit noch nicht gewährleistet ist, die Barrierefreiheit hergestellt werden. Die verheerenden Folgen von Armut müssen bekämpft werden und vor Ort gemildert werden. Ich setze mich für einen Sozialpass ein, damit auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien ins Schwimmbad gehen, das Theater besuchen oder den öffentlichen Nahverkehr nutzen können. Bibliotheken, Büchereien und alle weiteren kulturellen Angebote dieser Art sollen kostenlos sein oder zumindest stark vergünstigte Tarife anbieten, denn die Teilhabe an der Gesellschaft darf nicht von der finanziellen Situation der Menschen abhängen.